



STAATSKANZLEI

Mainz, 06.12.2023

www.rlp.de

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Andrea Bähler
Sprecherin der Landesregierung
Telefon 06131 16-4720
Telefax 06131 16-4091

Sebastian Kusche
Stellvertretender Sprecher
der Landesregierung
Telefon 06131 16-5701
Telefax 06131 16-4091

Christa Schlösser
Stellvertretende Sprecherin
der Landesregierung
Telefon 06131 16-4697
Telefax 06131 16-4091

pressestelle@stk.rlp.de

Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Rede von
Staatssekretärin Heike Raab,
Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für
Europa und Medien
zur
54. Plenarsitzung am 06. Dezember 2023

Redemanuskript
Es gilt das gesprochene Wort.
Sperrfrist: Redebeginn



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 06.12.2023

In der heutigen Debatte sind harte Worte gefallen. Ich nehme Ihre Kritik und die in den Medien wahrlich nicht auf die leichte Schulter.

Deshalb ist es mir sehr wichtig, auch hier im rheinland-pfälzischen Landtag zu sagen:

Aus heutiger Sicht und in Betrachtung der Diskussion der letzten Wochen räume ich selbstkritisch ein, dass ich diesen Brief vom 2. Mai nicht mehr schreiben würde.

Meine Anmerkungen zu dem SWR Beitrag vom 11. April 2023 hätte ich besser in den dafür zuständigen Rundfunkgremien ansprechen sollen. Rückwirkend betrachte ich auch die Verwendung des Briefbogens „Bevollmächtigte“ als einen Fehler.

Dafür will ich mich auch hier entschuldigen.

Ich habe daraus Konsequenzen gezogen: Mein Mandat im Verwaltungsrat habe ich am vergangenen Donnerstag mit sofortiger Wirkung niedergelegt.

Warum habe ich den Brief geschrieben?

Mich hat damals sehr bewegt, dass in dem Beitrag vom 11. April die Aussage getroffen wurde, der ehemalige Innenminister müsse viele Tote verantworten.

Ob aber jemand die politische Verantwortung für Menschenleben oder für Fehler trägt, die in seinem Verantwortungsbereich passiert sind. Das ist etwas völlig anderes.

Ja, ich habe diesen Gedanken niedergeschrieben. Es war aber nie, zu keiner Sekunde meine Absicht, Druck auf den SWR auszuüben. Es ging mir vielmehr um eine presserechtliche Einschätzung des SWR. Ich habe weder eine Löschung noch eine Richtigstellung des Beitrags gefordert.

Der SWR hat in seiner Antwort eine presserechtliche Bewertung vorgenommen und ist zu dem Schluss gekommen, dass es sich um eine - zwar pointierte, aber zulässige - Meinungsäußerung handelt. Sie sei unter anderem der Dynamik der Live-Schalte geschuldet gewesen. Die Erläuterung war für mich nachvollziehbar und die Angelegenheit damit auch erledigt.

PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 06.12.2023

Sie kennen vielleicht auch die Äußerungen des Intendanten? Er erklärte, dass dies für den SWR ein ganz normaler Vorgang gewesen sei. Kritik aus dem politischen Raum sei nicht außergewöhnlich und gehöre auch zur Kritikkultur. Auch einer seiner Vorgänger, Prof. Peter Voss, oder auch Prof. Jürgen Falter und Prof. Daschmann haben sich zuletzt ähnlich geäußert.

Ich habe mir die Frage, ob und wie ich mich zu dem Beitrag äußere, nicht leicht gemacht. Ich habe als Gremienmitglied in den vergangenen Jahren erleben dürfen, dass der SWR eine gute Kritikkultur pflegt. Denn es ist auch gerade das Wesen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, dass seine Arbeit kritisch begleitet werden darf und muss.

Ich hätte dies in den Gremien einbringen sollen. Denn die Gremien sind die Parlamente der Anstalten und sie sind auch die richtigen Orte für die Kritik. Das passiert auch regelmäßig, zum Beispiel bei der von der CDU eingebrachten Programmkritik an einem Social Media Post von funk. Der Sender stellte noch vor der Gremienbefassung fest: Die Instagram-Story war fehlerhaft und wurde schnell gelöscht. Der Intendant hat sich entschuldigt. Dennoch wurde das Thema auch nochmal im Gremium ausführlich besprochen.

Auf die Frage, warum ich erst Ende November das Mandat niederlegt habe, gestatten Sie einen kurzen Rückblick: Mit meinem Schreiben und der Antwort der Landessenderdirektorin war für mich und auch für den SWR die Angelegenheit Mitte Mai erledigt.

Mehr als ein halbes Jahr später wurde der Brief Anfang November in einer Zeitung aufgegriffen.

- Zum Medienausschuss, der am 16. November tagte, habe ich den Schriftwechsel aktiv veröffentlicht und alle Fragen beantwortet. Beim Lesen des Wortprotokolls sind mir zwei Punkte aufgefallen, die ich umgehend klargestellt habe.
- Im Landesprogrammausschuss und Landesrundfunkrat am 16. und 17. November habe ich ebenfalls den Schriftwechsel veröffentlicht, alle Fragen beantwortet und ich habe mein Bedauern zum Ausdruck gebracht.

PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 06.12.2023

- Bereits in der jüngsten Verwaltungsratssitzung am 24. November habe ich mich vertreten lassen.
- Mein Mandat habe ich noch im Monat November, genauer gesagt am 30.11. niedergelegt.

Es gibt Detailfragen rund um den Brief, die ich gegenüber den Medien beantwortet habe und auch hier wiederholen möchte:

Zur Briefmarke: Rückblickend ärgere ich mich, dass ich die Frage im Ausschuss, welche Briefmarke verwendet wurde, etwas knapp und unwirsch beantwortet habe und dadurch der Eindruck entstehen konnte, der Brief sei im Home-Office verschickt worden.

Zum Postweg: sieben Monate später kann ich den genauen Verlauf nicht mehr vollständig nachvollziehen. Ich habe den Brief selbst verfasst. Soweit ich es erinnere, auch im Home-Office ausgedruckt und er wurde in meinem Büro in Mainz eingescannt. Warum so umständlich? Weil ein Scan in meinem Home-Office nicht möglich war. Den Postlauf kann ich heute leider nicht mehr nachvollziehen.

Zu der Frage nach „Veraktung“: Das Dokument habe ich nicht zu den Akten genommen, weil die Mitglieder der SWR-Gremien bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben die Interessen der Allgemeinheit vertreten. Sie sind in ihrer Amtsführung nicht an Aufträge und Weisungen gebunden. Somit war der Brief kein Dokument, das in der eAkte aufgenommen wurde. Es gibt zu dem Dokument auch keine analoge Akte.

Das macht deutlich: Ich habe alle offenen Fragen beantwortet, Fehler eingeräumt und Konsequenzen gezogen.

Ich war Mitglied des SWR-Verwaltungsrates. Davor lange Jahre im Fernsehrat des ZDF und in meiner Zeit als Abgeordnete seit 2002 im Rundfunkrat des SWR. Diese Arbeit in den Gremien habe ich immer mit großem Engagement wahrgenommen.

Ich habe schon mit leichterem Herzen an diesem Pult gestanden.



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 06.12.2023

Heute stehe ich hier sehr selbstkritisch und mit einem tiefen Bedauern. Aber ich stehe auch hier mit einer klaren Haltung zur Medienfreiheit und Meinungsfreiheit.

Die Unabhängigkeit der Medien ist für mich ein hohes Gut.

Für diese Unabhängigkeit arbeite ich:

- wenn es um die angemessene Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geht,
- wenn es um Vielfaltssicherung und Plattformregulierung geht,
- wenn die Frequenzverteilung ansteht,
- wenn der Jugendschutz verbessert werden muss
- oder wir eine Medienförderung in Rheinland-Pfalz aufbauen.

Ich hoffe sehr, Sie können meine Entschuldigung annehmen.